

Freiräume e.V., Christoph Thomann  
Heinrich-Heine-Str. 12. 14482 Potsdam

Landtag Brandenburg  
Mitglieder des Petitionsausschusses  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

zur Kenntnis an: siehe Verteiler S. 4

## Petition an den Landtag Brandenburg

### Förderung generationsübergreifender Wohnprojekte im Land Brandenburg

12. Juni 2007

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
mit dieser Petition wollen die Unterzeichner Ihre Aufmerksamkeit auf die bisherig fehlende Unterstützung generationsübergreifender Wohnprojekte im Land Brandenburg lenken und Sie auffordern, sich für die Schaffung einer langfristigen Förderung derselben einzusetzen.

### **Situation**

Ein Großteil der brandenburgischen Städte hat seit der Wende 1990 eine erschreckende Entwicklung genommen. Durch strukturelle Arbeitsplatzverluste waren und sind zahlreiche Jugendliche gezwungen, ihre Heimat aufzugeben und der Arbeit hinterher zu ziehen. Menschen mittleren Alters, die noch Arbeit hatten, sind in großem Umfang in Einfamilienhaussiedlungen „auf der grünen Wiese“ migriert. Letzteres auch Dank der verfehlten Förderpolitik von Bund und Ländern, die mit der Eigenheimzulage und der Förderung des Abrisses städtischen Wohnraumes einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hat. Im Ergebnis haben viele brandenburgischen Städte einen Großteil ihrer Einwohner verloren. Die verbliebenen Bewohner sind zu einem großen Anteil Ältere und Geringqualifizierte. Die daraud resultierenden sozialen Probleme und Konfliktlagen sind bereits heute aus-

zumachen, werden sich aber in Zukunft noch verstärken. Stadt- und Regionalsoziologen sprechen bereits heute von schrumpfenden oder sterbenden Städten in Ostdeutschland. Gleichzeitig haben sich die Familienstrukturen in den vergangenen Jahrzehnten europaweit stark verändert. Immer seltener wohnen Kinder, Eltern und Großeltern unter einem Dach. Laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes von 2004 leben nur noch in rund 0,72 Prozent der Wohnungen drei oder mehr Generationen zusammen. Die Auswirkungen sind vielfältig und beschreiben einen Großteil der sozialen Probleme dieser Tage. Die Generation der Älteren wird dank verbesserter medizinischer Versorgung immer älter, gleichzeitig mangelt es an Pflegeeinrichtungen und betreuten Wohnplätzen, um der im hohen Alter sinkenden Selbständigkeit zu begegnen. Junge Familien haben Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu organisieren – im Haushalt lebende Großeltern könnten einen Teil der Belastungen abfedern, wohnen aber meist nicht mehr in der Nähe. Die Segregation über verschiedene Wohngebiete und die Zunahme der empfundenen „sozialen Kälte“ gehen einher mit fehlendem gemeinschaftlich-nachbarschaftlichem Engagement der Bevölkerung und der Ausgrenzung von Randgruppen. Das Erstarken von radikalen politischen Gruppierungen und die Probleme mit vandalisierenden Jugendlichen sind da dann nur die in der Presse erscheinenden Spitzen von Eisbergen.

*„Der Kampf um die nachhaltige Entwicklung, um eine umweltmäßig stabile, gerechte und gesunde Welt, wird hauptsächlich in unseren Städten gewonnen oder verloren werden.“*

---

Klaus Töpfer, ehemaliger Generaldirektor der UNEP und  
Bundesminister a.D., 2005

## Wohnprojekte

Die Entstehung und Entwicklung generationsübergreifender Wohnprojekte stellt eine Lösung für viele existierende Probleme im Land Brandenburg dar. Sie ermöglichen insbesondere:

- eine hohe Nachbarschaftsqualität
- sozial tragfähige Strukturen
- Identifikation mit Haus und Ort
- Unterstützung bei der Kinderbetreuung

- Arbeitsplätze
- Pflege im Alter

Dabei müssen nicht unbedingt die eigenen Großeltern im Projekt wohnen. Generationsübergreifendes Wohnen funktioniert über traditionelle Familiengrenzen hinweg. So können die alleinstehende Mutter und ihre Kinder, der siebzigjährige Witwer, die junge Studenten-WG und das Pärchen, dessen Kinder schon ausgezogen sind, unter einem Dach gemeinschaftlich wohnen und sich gegenseitig unterstützen.

Solche Projekte zu fördern ist schließlich keine Unterstützung von Privatangelegenheiten, sondern die Förderung gesellschaftlicher Innovationen. Das Land Brandenburg kann durch einen intelligenten Mitteleinsatz nicht nur Wohnen für Ältere, Behinderte und Einkommensschwache fördern, sondern über Projekte zusätzliches bürgerschaftliches Engagement freisetzen und damit ein Vielfaches dessen erreichen, was konventionelle Investitionen erzielen.

Der Bund hat diese Entwicklungen erkannt und mit der Förderung von bis zu 500 Mehrgenerationenhäusern in ganz Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet. Dies kann aber nur ein Anfang sein, schließlich ist in diesen Häusern die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens nicht vorgesehen. Ein entscheidendes Manko, denn erst durch gemeinschaftliches Wohnen im Mehrgenerationshaus kommen die vielfältigen Vorteile wie die Kinderbetreuung und die Unterstützung im Alter voll zum Tragen.

Unsere Städte brauchen mehr Einsatz für Fantasie in der Stadtentwicklung. Die bisherigen „herkömmlichen“ Planungen und Entwicklung riskieren am sogenannten „weichen“ menschlichen Faktor vorbei, kalte, totsanierte Innenstädte zu produzieren. Es muss stärker um die Menschen, die unsere Städte bewohnen, gehen, als um die Rekonstruktion historischer Fassaden.

## **Handlungsvorschläge**

Die Unterzeichner fordern das Land Brandenburg auf, seine Förderpolitik stärker auf generationsübergreifende Wohnprojekte auszurichten. Wie Beispiele aus Baden-Württemberg, Berlin und anderen Bundesländern zeigen, kann damit eine neue Dimension städtischer Entwicklung erschlossen, sowie ökologisch und sozial nachhaltige innerstädtische Strukturen geschaffen werden. So hat das Land Berlin die Initiative ergriffen und fördert das Modellprojekt „alte Schule Karlshorst“ – in Zusammenarbeit mit der Selbstbau eG, der

Stiftung Trias und der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin – umfangreich. Solche Projekte mit „Leuchtturmcharakter“ braucht Brandenburg dringend.

Konkret sollte ein Förderprogramm aufgelegt werden, welches Mittel bereitstellt mit denen Wohnprojekte insbesondere in der besonders schwierigen Entstehungsphase gefördert werden. Dieses Förderprogramm sollte ein Volumen von 5 Millionen Euro jährlich nicht unterschreiten. Desweiteren sollten entstehende Wohnprojekte verstärkt auch beim Verkauf landeseigener Liegenschaften berücksichtigt werden. Dabei sollte nicht wie bisher der erzielbare Maximalpreis das Hauptkriterium für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen sein, sondern die Qualität und Nachhaltigkeit der geplanten Konzepte zum zentralen Kriterium für die Vergabe festgeschrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Thomann, Freiräume e.V.

## **Verteiler (zur Kenntnisnahme; teilweise in Auszügen)**

Präsident des Landtags Brandenburg, Vorsitzende der Fraktionen der SPD, CDU und PDS, Mitglieder der Landes- vorstände der Brandenburger Parteien, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Minister für Infrastruktur und Raumordnung, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Minister für Bildung, Jugend und Sport, Minister für Finanzen, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Presse.

## **Anhang**

Weitere Unterzeichner auf Listen.